

Modul 2: Gesetzgebung

Die Geburt eines Gesetzes

Lernziele:

- Ich erkenne, dass jedes staatliche Handeln eine gesetzliche Grundlage braucht.
- Ich kenne den mehrere Etappen umfassenden Weg zu einem neuen Gesetz bzw. zu einer Gesetzesänderung im Kanton Basel-Stadt.
- Mehrere Themen, die gegenwärtig (und künftig) die baselstädtische Politik bestimmen, sind mir bekannt; über eines von ihnen weiss ich vertieft Bescheid.
- Ich weiss, wie man sich im Internet Informationen zu einem spezifischen Thema beschafft.

Möglicher Lektionenablauf:

- 1 Die Schülerinnen und Schüler lesen den Abschnitt «Der Weg zum Gesetz», den die Lehrkraft vorgängig aus «Grenzfall Basel-Stadt» (S. 81) kopiert hat.
- 2 Auf der Rückseite ihres Blattes ist eine lückenhafte Version des einschlägigen Schemas (S. 82) abgedruckt (→ 2/1). In Einzelarbeit vervollständigen die Schülerinnen und Schüler die Grafik anhand des Gelesenen.
- 3 Eine Folie mit dem vollständigen Schema dient als Richtlinie für die Korrektur. Sofern die Lehrkraft das Schema farbig (und ohne Legende) kopiert hat, kann sie die Bedeutung der Farben herausfinden lassen.
- 4 Die Mitglieder der Klasse bilden nun kleine Gruppen. Jede ist für einen der mit den Ziffern 1 bis 7 versehenen Kästen verantwortlich.
- 5 Im Internet suchen die Gruppen nach einem Beispiel für den ihnen zugewiesenen Gesetzgebungsschritt. Es sollte möglichst aktuell sein und dem Rahmen der baselstädtischen Politik entstammen. Um die Recherche zu erleichtern, kann die Lehrkraft den Gruppen je einen passenden Link zuweisen (→ 2/2). Mit dessen Hilfe stossen die Schülerinnen und Schüler auf ein Dokument, das ihren Gesetzgebungsschritt konkretisiert.
- 6 Die Gruppenmitglieder machen sich kundig, worum es bei ihrer Vorlage geht bzw. was für und was gegen das Anliegen spricht. Dazu machen sie sich Notizen.
- 7 In einer Reihe von Kurzvorträgen stellen die Gruppen ihr Beispiel der Klasse vor.
- 8 Die übrigen Schülerinnen und Schüler schreiben zu jedem politischen Anliegen mindestens einen Satz, der prägnant zum Ausdruck bringt, worum es geht.

Mögliche Varianten:

- zu 2: Die Schülerinnen und Schüler entwerfen ihr Schema ohne Vorlage.
- Sie tun dies zu zweit oder zu dritt, evt. auf grossen Plakaten.

Mögliche Ausweitung:

- 1 Am Ende wählt die Klasse eines der politischen Anliegen aus, und zwar jenes, das sie mehrheitlich als das interessanteste, aktuellste, kontroverseste empfindet.
- 2 Individuell (als Hausaufgabe) machen sich alle Schülerinnen und Schüler über das Anliegen und die wichtigsten Argumente dafür und dagegen kundig. Sie bilden sich selbst eine Meinung zum Thema.
- 3 In der Klasse wird das Thema diskutiert, entweder allein oder im Austausch mit einer Person aus der Öffentlichkeit, die das entsprechende Anliegen vertritt.
- 4 Falls eines der vorgestellten Themen irgendwann zur Beratung durch den Grossen Rat gelangt, kann die Klasse die Diskussion von der Rathaustribüne aus mitverfolgen (→ Modul 8).

Alternatives Vorgehen

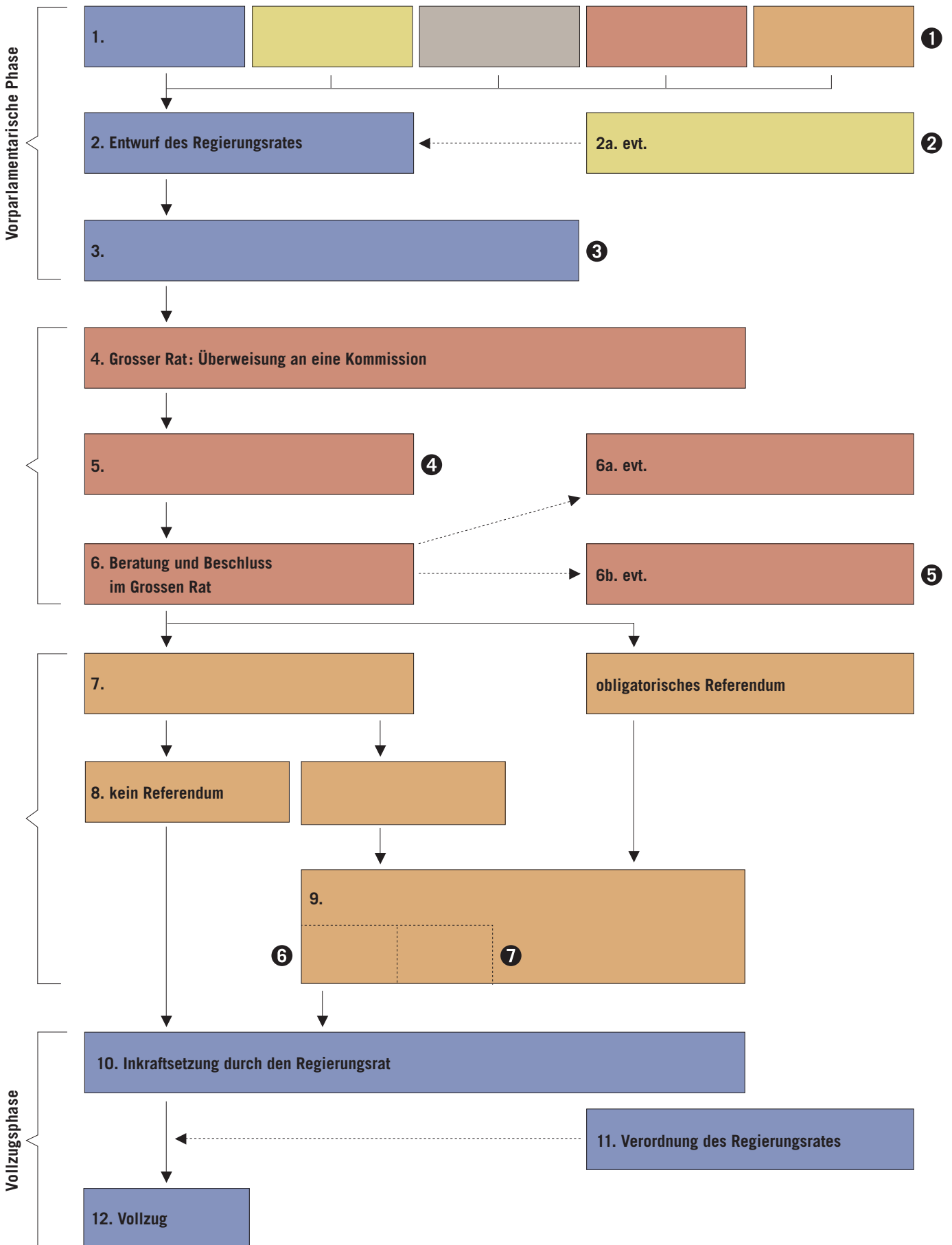
Vorbereitender Auftrag:

- 1 Die Schülerinnen und Schüler lesen den Abschnitt ‹Der Weg zum Gesetz› aus ‹Grenzfall Basel-Stadt› (**S. 81**).
- 2 Sie formulieren in Partnerarbeit einzelne Paragraphen zu einem Verhaltenskodex der Klasse. Ihre Arbeit entspricht hier der vorparlamentarischen Phase, wie sie im Schema auf **S. 82** dargestellt ist.

Durchführung der Lektionen:

- 1 Die Schülerinnen und Schüler übernehmen gleichzeitig die Funktion der Grossratskommission wie auch jene des Ratsplenums (vgl. parlamentarische Phase, **S. 82**).
- 2 Zu Beginn wählen sie zwei Klassenmitglieder, die die Sitzung leiten sollen, sowie zwei Protokollierende.
- 3 Die einzelnen Paragraphen werden verhandelt, jeweils nach dem Schema:
 - a. Eintretensdebatte und -beschluss
 - b. formale und inhaltliche Modifikationen
 - c. Schlussabstimmung
- 4 Um die dritte Phase der Gesetzgebung – die Volksabstimmung – zu simulieren, ist es denkbar, den Schülerinnen und Schülern den bereinigten Vorschlag einer Parallelklasse zur Diskussion und Abstimmung vorzulegen.

Die Geburt eines Gesetzes



Exemplarische Dokumente zu den Gesetzgebungsschritten

Den verschiedenen Gruppen kann je einer der folgenden Links bzw. eines der folgenden Dokumente zugeteilt werden. Bei den umfangreichen Dokumenten ist eine selektive Lektüre unabdingbar, während andere zusätzliche Recherchen erfordern. In Kursivschrift sind im Folgenden die wichtigsten Etappen auf dem Weg der Gesetzgebung zusammengefasst.

Vorbemerkungen:

- Eine Datenbank mit Initiativen und Referenden unterhält die Staatskanzlei:
www.regierungsrat.bs.ch/staatskanzlei/initiativen.htm,
www.regierungsrat.bs.ch/staatskanzlei/referenden.htm.
- Vernehmlassungsantworten finden sich auf den Internetseiten von Parteien, Verbänden etc. (und werden später im Ratschlag zusammengefasst).
- Alle Ratschläge, Kommissionsberichte und Grossratsbeschlüsse finden sich in der Datenbank des Grossen Rates: www.grosserrat.bs.ch (Suche nach Geschäften und Dokumenten), dann Stichwort-Suche).
- Die Inhalte der Grossratsdebatten finden sich in den Protokollen (www.grosserrat.bs.ch) oder können mit der Suchmaschine Google gefunden werden.

1. Initiative:

Unterschriftenbogen zur Initiative «Der Landhof bleibt grün», www.landhof-initiative.ch

- *Zustandekommen der Initiative im März 2007*
- *Der Grosse Rat beschliesst im Oktober 2007 über die rechtliche Zulässigkeit; er sieht diese gegeben*
- *Der Grosse Rat beschliesst über das weitere Vorgehen; er kann eine Initiative 1.) direkt dem Volk vorlegen (unterstützend oder ablehnend), 2.) dem Regierungsrat überweisen zur Stellungnahme oder Ausarbeitung eines Gegenvorschlags (hier der Fall)*
- *Gegenvorschlag des Regierungsrates vom 19.11.2008 («Der Landhof bleibt zu 85% grün»)*
- *Behandlung durch die Bau- und Raumplanungskommission*
- *Weiteres Vorgehen im Mai 2009 noch offen; in jedem Fall gelangt die Initiative zur Abstimmung, es sei denn, das Initiativkomitee akzeptiere den Gegenvorschlag und ziehe sie zurück*

2. Vernehmlassung:

Vernehmlassungsantwort der Jungen FDP zur obligatorischen Sprachförderung für Dreijährige mit ungenügenden Deutschkenntnissen (Änderung des Schulgesetzes und des Tagesbetreuungsgesetzes), www.jfbs.ch/aktuell/news/einzelansicht/article/9/jungfreisinn-3.html

- *Vernehmlassung August bis Oktober 2008*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 24.03.2009*
- *Überweisung an die Bildungs- und Kulturkommission am 22.04.2009*
- *Weiteres Vorgehen im Mai 2009 noch offen*

3. Ratschlag des Regierungsrates:

Ratschlag betreffend ein Kulturfördergesetz (Gesetz über die Kulturförderung),
www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000420831.pdf

- *Überweisung der Motion Verena Herzog durch den Grossen Rat 2004*
- *Vernehmlassung 1. Hälfte 2008*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 18.03.2009*
- *Überweisung an die Bildungs- und Kulturkommission am 22.04.2009*
- *Weiteres Vorgehen im Mai 2009 noch offen*

4. Beratung und Beschluss in der Kommission:

Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend die Einführung des Stimmrechtsalters 16, www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000386205.pdf

- *Überweisung der Motion Loretta Müller betreffend Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren durch den Grossen Rat am 23.01.2008*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 15.04.2008*
- *Behandlung durch die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission: Mehrheits- und Minderheitsantrag vom 10.09.2008; die Mehrheit beantragt Nichteintreten*
- *Grossratsbeschluss vom 12.11.2008: Zustimmung zum Stimmrechtsalter 16*
- *Da eine Änderung der Kantonsverfassung nötig ist, liegt ein obligatorisches Referendum vor: Volksabstimmung vom 08.02.2009, das Stimmrechtsalter 16 wird abgelehnt*

5. Rückweisung:

Rückweisungsbeschluss des Grossen Rates zum revidierten Feuerwehrgesetz (Gesetz betreffend die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt), www.grosserrat-bs.ch/dokumente/000000363403.pdf

Sollte sich die weitere Recherche als zu schwierig erweisen, kann die Lehrkraft zusätzlich den folgenden Link angeben: www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000312860.pdf

- *Keine Vernehmlassung*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 19.09.2007 (Erhöhung des Dienstpflichtalters von 40 auf 45 bei gleichbleibend hoher Ersatzabgabe)*
- *Behandlung durch die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission: Bericht vom 28.04.2008 (Zustimmung)*
- *Rückweisungsbeschluss durch den Grossen Rat vom 04.06.2008*

6. Volksabstimmung (Ja):

Medienmitteilung der Staatskanzlei zum Ergebnis der Referendumsabstimmung über den Wegweisungsartikel (Änderung des Polizeigesetzes), www.bs.ch/mm/2009-02-08-stk-001.htm

- *Überweisung zweier Motionen, die eine Rechtsgrundlage für polizeiliche Wegweisungen fordern, durch den Grossen Rat im Februar 2008*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 22.04.2008 mit einem Wegweisungsparagrafen*
- *Behandlung durch die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission: Bericht vom 08.09.2008 (mehrheitlich Zustimmung)*
- *Grossratsbeschluss vom 15.10.2008: Zustimmung*
- *Das Referendum wird ergriffen*
- *Volksabstimmung vom 08.02.2009: Zustimmung zum Grossratsbeschluss (Referendum erfolglos)*

7. Volksabstimmung (Nein):

Artikel des «Baslerstab» über das Referendum gegen die Abschaffung der unentgeltlichen Bestattung bzw. des kostenlosen Staatssargs (Änderung des Gesetzes betreffend die Bestattungen),

www.baslerstab.ch/index.cfm?page=search_detail&rubrikID=2&artID=11408&edID=924

Sollte sich die weitere Recherche als zu schwierig erweisen, kann die Lehrkraft zusätzlich den folgenden Link angeben: www.regierungsrat.bs.ch/staatskanzlei/wahlen-abstimmungen-archiv.htm (nur 16. Mai 2004)

- *Keine Vernehmlassung*
- *Ratschlag des Regierungsrates vom 23.09.2003*
- *Behandlung durch die Gesundheits- und Sozialkommission: Ablehnung*
- *Grossratsbeschluss vom 12.11.2003: Zustimmung*
- *Das Referendum wird ergriffen*
- *Volksabstimmung vom 16.05.2004: Ablehnung des Grossratsbeschlusses (Referendum erfolgreich)*

Alle Links auf einen Blick:

- 1 Initiative: www.landhof-initiative.ch/initiative.pdf
- 2 Vernehmlassung: www.jfbs.ch/aktuell/news/einzelansicht/article/9/jungfreisinn-3.html
- 3 Ratschlag des Regierungsrates: www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000420831.pdf
- 4 Beratung und Beschluss in der Kommission: www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000386205.pdf
- 5 Rückweisung: www.grosserrat-bs.ch/dokumente/000000363403.pdf sowie www.grosserrat.bs.ch/dokumente/000000312860.pdf
- 6 Volksabstimmung (Ja): www.bs.ch/mm/2009-02-08-stk-001.htm
- 7 Volksabstimmung (Nein): www.baslerstab.ch/index.cfm?page=search_detail&rubrikID=2&artID=11408&edID=924 sowie www.regierungsrat.bs.ch/staatskanzlei/wahlen-abstimmungen-archiv.htm (nur 16. Mai 2004)